

Auf einen Blick

Das Stadtparlament hat an seiner gestrigen Sitzung vier Vorlagen und sieben Vorstösse diskutiert.

Reservoir I. Das Trinkwasserservierreservoir auf der Solitude wird für 655 000 Franken saniert. Das Stadtparlament erteilte den Verpflichtungskredit einstimmig.

Reservoir II. Auch das Wasserreservoir auf dem Scheitlinbüchel ist in die Jahre gekommen. Es kann nach dem Ja des Stadtparlaments bis Ende 2018 für 570 000 Franken saniert werden.

Transparenz. Das Postulat «Transparenz der finanziellen Auswirkungen bei Vorlagen» wurde einstimmig als erledigt abgeschrieben. Im Bericht zeigte der Stadtrat auf, wie er bei Vorlagen mit grösseren finanziellen Auswirkungen künftig Tragbarkeit und Risiko würdigen will.

Turnhalle. Die Turnhalle in Rotmont soll für eine Nutzungsdauer von rund 15 Jahren auf Vordermann gebracht werden. Dann soll das Gebäude einem Neubau weichen. Den Kredit von 1,2 Millionen für die Sanierungen sprach das Stadtparlament einstimmig. Fakultatives Referendum.

Stollen. Der Heiligkreuzbach erhält zwischen der Steinach und der Sonnenhaldenstrasse einen neuen Stollen. Die rund 350 Meter lange Röhre kostet 1,7 Millionen Franken – im Parlament gab es dagegen keinen Widerstand. Fakultatives Referendum.

ÖV-Rabatt. Günstigere Billette für Junge sind kein probates Mittel für einen attraktiveren öffentlichen Verkehr. Zu dem Schluss kam das Parlament grossmehrheitlich und schrieb das entsprechende Postulat als erledigt ab.

Vaterschaftsurlaub. Angestellte der Stadt dürfen in Zukunft 20 Tage bezahlten Vaterschaftsurlaub nehmen. Mit 39 zu 20 Stimmen überwies das Stadtparlament eine Motion an den Stadtrat, der die Erheblicherklärung beantragt hatte. 21

Lädelisterben I. Der Stadtrat muss keinen Bericht über die Ursachen des strukturellen Wandels im Detailhandel der Innenstadt schreiben. Ein Postulat wurde nach längerer Diskussion mit 45 zu zwölf Stimmen bei zwei Enthaltungen nicht überwiesen.

Lädelisterben II. Grüne und Junge Grüne zeigten sich nur teilweise befriedigt von den Antworten des Stadtrates auf ihre Interpellation über den Einfluss des Onlinehandels auf die Geschäfte in der Innenstadt: Der Stadtrat habe neben dem Programm für notleidende Läden keine langfristigen Visionen für Zentrum.

Elterntaxis. Befriedigt zeigten sich die SP-Interpellantinnen von den stadträtlichen Antworten zum Vorstoss «Elterntaxis versus Pedibus». Es bleibe wohl wirklich nichts anderes übrig, als verantwortungsvollen Eltern, die ihre Kinder ständig in die Schule fahren, ins Gewissen zu reden.

Kulturpreis. Zur kleinen Redeschlacht geriet die Diskussion über die stadträtlichen Antworten zur diesjährigen Kulturpreisverleihung. Es ging im Kern um die Frage, ob beim Verzicht der Vergabe an Milo Rau politische Motive mitspielen. (dwi/ghi/vre)

Busfahren bleibt für Junge teuer

ÖV Die Mehrheit des Stadtparlaments erachtet einen günstigeren ÖV für Kinder und Jugendliche nicht als sinnvoll. Damit würde man keinen Fortschritt erzielen. Die Urheber des Vorstosses zeigten sich enttäuscht.

Luca Ghiselli
luca.ghiselli@tagblatt.ch

Am Schluss war der Fall klar: Die Nutzung des öffentlichen Verkehrs in den Zonen 210 und 211 wird für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis vollendetem 20. Lebensjahr nicht günstiger. Die CVP-Stadtparlamentarier Patrik Angehrn und Barbara Hächler hatten in einem Postulat gefordert, die Preise für ein Jahresabonnement von 531 auf 350 Franken zu reduzieren. Die finanziellen Mittel dafür – rund 750 000 Franken jährlich – orten sie bei den Steuermehreinnahmen durch die Beschränkung des Fahrkostenabzugs, die seit 2016 in die Stadtkasse gespült werden. Der Stadtrat sprach sich in seinem Postulatsbericht gegen diese Lösung aus und führte unter anderem das Argument ins Feld, damit würden nach dem Giesskannenprinzip alle mit dem gleichen Betrag bedient. Zudem würde die Vergünstigung kaum eine Verlagerung vom Auto zum Bus bringen, da die meisten Jugendlichen in der Stadt ohnehin zu Fuss oder bereits mit dem Bus unterwegs seien.

Diese Argumente bekräftigte auch Donat Kuratli, Präsident der Werkkommission. «Der Stadtrat hat deutlich aufgezeigt, was machbar ist.» Und fange man einmal bei einer Bevölkerungsgruppe mit Vergünstigungen an, kämen dann alle anderen auch – von Pensionären bis zu Lehrlingen. «Das wäre auch ihr Recht, aber es zeigt, dass die Vergünstigung die falsche Massnahme ist», sagte Kuratli und empfahl, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

«ÖV-Attraktivität steht und fällt mit den Preisen»

Postulant Patrik Angehrn sah das anders. «Ich bin von dieser Antwort enttäuscht», sagte er. Der CVP-Stadtparlamentarier zeigte sich darüber erstaunt, dass die VBSG den weniger starken Rück-



Bus fahren in der Stadt St. Gallen wird für Jugendliche nicht günstiger.

Bild: Hanspeter Schiess

gang der Passagierzahlen 2017 «als Erfolg werteten». Die Stadt verfüge über eine gute ÖV-Infrastruktur, nun gelte es, diese zu nutzen. «Und die Attraktivität des ÖV steht und fällt nicht etwa an den Fahrzeugen oder den Linien, sondern mit den Preisen.» Diese seien derzeit schlicht zu hoch, um einen Anreiz zum Umsteigen vom Familienauto auf den Bus darzustellen. Zudem störe sich Angehrn an den Ausführungen des Stadtrats, die Vergünstigung würde «lediglich zu einer Neukundengewinnung von 15 bis 20 Prozent führen». «Wenn Ihnen das zu wenig ist, wie wollen Sie den Rückgang der Passagierzahlen dann stoppen?», fragte Angehrn. Ins selbe Horn stiess Mitpostulantin Barbara Hächler. Der Stadt werde immer mal wieder

vorgeworfen, zu wenig urban zu sein. Ihr Vorstoss zielt in diese Richtung. «Wir wollen, dass die Jugendlichen erkennen, dass es in einer modernen Stadt auch ohne Auto geht und aufzeigen, dass unser ÖV eben so attraktiv ist, wie wir ihn immer wieder gerne darstellen.» Das Postulat ohne konkreten Lösungsansatz abzuschreiben, sei «eine vergebene Chance». Die CVP/EVP-Fraktion überlege sich deshalb weitere Schritte.

«Keine ökologische Offenbarung»

Auf wenig Gegenliebe stiess das Begehren in den anderen Fraktionen. FDP-Stadtparlamentarier Marcel Rotach nannte den Vorstoss ein «trojanisches Pferd», das nicht die beabsichtigte Wir-

kung erziele. «Der Gegenwert für jeden Steuerfranken ist gering.» Christian Huber (Grüne/Junge Grüne) sagte, seine Fraktion unterstütze zwar die Stossrichtung des Postulats und teile auch das Anliegen. Es sei aber keine «ökologische oder nachhaltige Offenbarung», weil keine Verlagerung vom motorisierten Individualverkehr auf den ÖV erzielt werden könne. «Das Geld kann also besser investiert werden, um die Ziele des Mobilitätskonzepts zu erreichen.»

Ähnlich tönte es aus den anderen Fraktionen. So sagte Sandra Steinemann (SVP), die Vergünstigung sei der falsche Ansatz. Und Thomas Brunner (GLP) bekräftigte, dass der Vorstoss zwar «sympathisch und gut gemeint» sei, der Umsteigeeffekt

aber «fraglich bis fragwürdig» sei. Das Postulat als erledigt abzuschreiben, hindere den Stadtrat aber nicht, geeignete Massnahmen zu ergreifen.

«Massnahme ist zu wenig effektiv»

Stadtrat Peter Jans bekundete in seinem Votum Verständnis für die Enttäuschung der Postulanten. Er sagte aber auch: «Der Stadtrat will den ÖV fördern und er tut in diesem Zusammenhang auch viel.» 750 000 Franken seien ein stolzer Betrag. «Da muss man sich fragen, was man damit erreicht.» Und in diesem Fall sei die Effektivität der Massnahme nicht gegeben. Das Stadtparlament schrieb das Postulat mit 49 Ja zu 2 Nein bei 9 Enthaltungen als erledigt ab.

Nur eines ist klar: Felix Lehner verdient den Preis

Kulturstreit Der Kulturpreis 2018 hat jetzt auch noch Willen im Stadtparlament geworfen. Diskutiert wurde, ob es ein politischer Akt war, dass der Stadtrat sich bei der Verleihung über seine Kulturkommission hinweggesetzt hat.

Der Kulturpreis der Stadt St. Gallen geht in diesem Jahr an Felix Lehner von der Kunstgesserei im Sittertal. Dass dieser ihn auch voll und ganz verdient, war einer der wenigen Punkte, auf die sich alle Fraktionen gestern Abend im Stadtparlament einigen konnten. Ausgiebig diskutiert wurde, wie sich der Stadtrat bei der Verleihung des Preises über seine Kulturkommission hinweggesetzt hat.

Das Sachverständigen-gremium hatte Theatermacher Milo Rau für die Ehrung vorgeschlagen, der Stadtrat entschied sich für Felix Lehner. Das löste einerseits mehrere Rücktritte in der Kulturkommission («Tagblatt» vom Samstag), andererseits eine Interpellation von Etrit Hasler im Parlament und drittens Schlagzeilen in den Lokalmedien aus. Gestern Abend diskutierte das Stadtparlament die stadträtli-

chen Antworten auf die kritischen Fragen des SPlers.

Spielten politische Motive beim Entscheid mit?

Die Geister schieden sich in der Frage von Hasler, ob der Stadtratsentscheid gegen den Kulturpreis für Milo Rau politisch motiviert war. Die formalen Fragen, die Andreas Dudli (FDP) und Franziska Ryser (Junge Grüne) aufwarfen, waren eher Geplänkel: Formaljuristisch ist die Vergabe des Kulturpreises nämlich tatsächlich korrekt verlaufen. Der Entscheid darüber liegt beim Stadtrat, die Kulturkommission gibt nur Empfehlungen ab.

Interpellant Etrit Hasler selber zeigte sich von den Antworten des Stadtrates unbefriedigt. Wenn der Stadtrat sage, er habe sich nicht gegen, sondern für jemanden entschieden, sei das doppelbödig. Immerhin sei dafür

die Empfehlung der Kulturkommission gekippt worden. Und so ganz wollte der SPler den Beteuerungen von Stadtpäsident Thomas Scheitlin nicht glauben, dass beim Entscheid keine politischen Gründe und Gewichtigungen im Spiel waren. Und wenn dem so wäre, müsse man sich doch die Frage stellen, was die Kulturkommission für einen Sinn mache,



SP-Stadtparlamentarier Etrit Hasler will, dass die Kulturkommission künftig den Kulturpreis verleiht.

wenn der Stadtrat sich bei einer Preisverleihung über die Meinung der Sachverständigen hinwegsetze, sagte Hasler mit Unterstützung von Peter Olibet, Sprecher der SP/Juso/PFG-Fraktion.

Das Reglement wurde voll und ganz eingehalten

Stadtpäsident Scheitlin zeigte sich in seiner Rolle als «Kulturminister» froh über das allseitige und einstimmige Bekenntnis zu Kulturpreisträger Felix Lehner. Es stehe ausser Zweifel, dass er die Auszeichnung verdiene. Gleichzeitig hielt Scheitlin fest, dass bei der Verleihung juristisch alles richtig abgelaufen sei.

Dass der Stadtrat sich nicht an die Empfehlung einer Kommission aus Sachverständigen halte, komme ab und zu vor – beispielsweise auch beim Sachverständigenrat für Baukultur. Der Stadtrat habe bei der Verleihung

des Kulturpreises 2018 keine politische Diskussion geführt und es könne auch keine Rede von politischen Ränkespielen sein. Sachargumente hätten den Ausschlag gegeben. Vor dem Hintergrund des Vorgefallenen wolle der Stadtrat die Rolle der Kulturkommission überprüfen, sagte Thomas Scheitlin.

Kulturkommission soll künftig Preise verteilen

Dabei wird die Stadtregierung sich auch mit dem Stadtparlament auseinandersetzen müssen. Etrit Hasler hat gestern Dienstag nämlich parallel zur Interpellationsdebatte eine Motion zur Stärkung der Kulturkommission eingereicht. Darin verlangt er die Zuständigkeit für die Verleihung von Preisen zu übertragen – und das politische Gremium Stadtrat davon zu entlasten. (vre)